



Paul Schäfer (Hrsg.)

In einer aus den Fugen geratenden Welt

Linke Außenpolitik:
Eröffnung einer
überfälligen Debatte

VSA

Paul Schäfer (Hrsg.)
In einer aus den Fugen geratenden Welt

Paul Schäfer (Hrsg.)

In einer aus den Fugen geratenden Welt

Linke Außenpolitik:

Eröffnung einer überfälligen Debatte

www.vsa-verlag.de

www.paulschaefer.info

Die Beiträge in diesem Buch geben die persönlichen Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder. Die Angaben über die Zugehörigkeit zu Organisationen dienen der Information.

© VSA: Verlag 2014, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Umschlagfoto: SickRick / photocase.de
Alle Rechte vorbehalten
Druck- und Buchbindearbeiten: Beltz Bad Langensalza GmbH
ISBN 978-3-89965-606-0

Inhalt

Paul Schäfer	
Linke Außenpolitik?	7
Eröffnung einer überfälligen Debatte	

Globale Herausforderungen

Michael Brie	
In welcher Epoche leben wir?	27
Strategische Orientierung in schwierigen Zeiten	

Peter Wahl	
Zwischen Innovation und Ohnmacht	44
Was kann Global Governance zu linker Außenpolitik beitragen?	

Frithjof Schmidt	
Handelspolitik als Instrument neoliberaler Ordnungspolitik	61
Eine Herausforderung für die gesellschaftliche Linke	

Jochen Hippler	
An den Bruchstellen der Weltgesellschaft	72
Baustellen linker Außenpolitik	

Entwicklungsperspektiven

Lothar Brock/Silke Weinlich	
Eine Weltordnung mit verlässlichen Regeln	85
Die Rolle der Vereinten Nationen	

Thomas Gebauer	
Soziale Gerechtigkeit global	100
Dimensionen einer Außenpolitik als globale Sozialpolitik	

Jochen Steinhilber	
Globale Strukturpolitik	113
Beispiel: Entwicklungszusammenarbeit	

Wilfried Telkämper/Eva Wuchold	
Gutes Leben überall!	129
Alternative Entwicklung und die Rolle »kommunaler Außenpolitik«	

EUROPÄISCHE INTEGRATION

Andreas Fisahn

Strategien für Europa	145
Für einen grundlegenden Richtungswechsel	

Stefan Liebich

Ein wirklich gemeinsames Europa	162
Gegen Blockbildung und Renationalisierung	

LINKE FRIEDENSPOLITIK – EINE DEBATTE

Marius Müller-Hennig

Rhetorisch abrüsten und Vertrauen aufbauen	173
Eine progressive Regierung hätte das Potenzial zum nächsten friedenspolitischen Durchbruch	

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Menschenrechte, Friedenspolitik und Internationale Schutzverantwortung	189
Worüber wir uns streiten müssen	

Agnieszka Brugger

Neue Verantwortung: Alternative Friedenspolitik	200
Denkanstöße für linke Gemeinsamkeiten	

Jan van Aken/Maria Oshana

Friedenspolitik statt Militärinterventionen	216
--	-----

Rolf Mützenich

Ist die Zeit reif für eine »linke« Außenpolitik?	228
Gemeinsamkeiten, Hindernisse und Unterschiede	

FAZIT

Paul Schäfer

Globale Umbrüche, Zukunftsaufgaben und linke Bündnisse	239
Streitfragen einer progressiven Agenda	

Autorinnen/Autoren	267
--------------------------	-----

Paul Schäfer

Linke Außenpolitik? Eröffnung einer überfälligen Debatte

Es begann mit einem Paukenschlag. Auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 warben der Bundespräsident, die Verteidigungsministerin und der Außenminister dafür, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernehmen müsse. Seitdem reißt die Debatte über die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik nicht mehr ab. In der Öffentlichkeit wurden diese Appelle sehr schnell als Bereitschaft der Großen Koalition gewertet, mehr deutsche SoldatInnen in alle Welt schicken zu wollen. Ansatzpunkte dafür ließen sich in den Reden von Gauck, von der Leyen und Steinmeier durchaus finden. Vor allem Bundespräsident Gauck hat seitdem wiederholt, dass Deutschland die Politik der militärischen Zurückhaltung – »war lange Zeit richtig, jetzt nicht mehr« – zurücklassen und zu mehr internationalem Engagement, das auch mehr Militäreinsätze beinhalten könne, bereit sein müsse (Frankfurter Rundschau, 16.6.2014). Und sprach nicht die in München angekündigte Entsendung von mehr Soldaten ins krisengeplagte Mali sowie die Mandatierung einer neuen Mission in der Zentralafrikanischen Republik für diese Interpretation?¹

Neue deutsche Verantwortung – neue Außenpolitik?

Was also heißt »mehr Verantwortung übernehmen«? Wofür? Mit welchen Mitteln? Welche Rolle soll Deutschland in der Welt von heute und morgen zukommen? Eine eindeutige Antwort ist nicht in Sicht.

Blickrichtung West: In der NSA-Überwachungsaffäre schwankt die Regierung zwischen Leisetreterei und dezentem Aufbegehren gegenüber den USA. Die Verhandlungen über das geplante Freihandelsabkommen mit den USA sollen ausgesetzt werden. Daran glaubt keiner. Wie soll es weitergehen?

¹ Außenminister Steinmeier hat in der Folgezeit immerhin betont, dass es ihm nicht um »neue Stärke« und »Entschlossenheit«, also um neudeutsches Großmachtgehabe, zu tun sei. Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der Eröffnung der Konferenz »Review 21 – Außenpolitik weiter denken« am 20. Mai 2014 in Berlin, unter: www.auswaertiges-amt.de, bzw. www.review2014.de.

Blickrichtung Ost: In der Ukraine-Krise schwankt die Regierung zwischen der Einordnung in den US-geführten Konfrontationskurs gegenüber Russland und dem beharrlichen Versuch diplomatischer Vermittlung unter Einbeziehung Moskaus. Teile der Regierung reden von Aufrüstung, mehr militärischer Präsenz der NATO, harter Sanktionierung Russlands und davon, dass man sich wieder stärker zur westlichen Wertegemeinschaft bekennen müsse.² Andere Teile warnen vor einer neuen Spaltung Europas und neuen Rüstungsrunden.³ Die Verteidigungsministerin bezieht eine etwas vorsichtigere Linie (Russland sei kein Partner, dürfe aber nicht wieder zum Gegner werden), bedient gleichwohl die alten Reflexe aus den Zeiten der Ost-West-Konfrontation, indem sie einer Politik der Stärke gegenüber Putins Russland das Wort redet (SPIEGEL, 9.6.2014). Was haben wir zu erwarten? Neue Initiativen, mit denen versucht wird, Vertrauen wiederherzustellen, oder neue Konfrontationen?

Blickrichtung Süd: Außenminister Steinmeier will offenkundig die Gemeinsame Außenpolitik der EU wiederbeleben. Dabei denkt er an einen engen Schulterschluss mit Frankreich. Paris wiederum ist gerade dabei, seine militärisch gestützte Afrikapolitik zu intensivieren (mehr Soldaten, neue Stützpunkte). Bisläng hörte man aus Berlin, dass man zwar zu mehr militärischer Beihilfe bereit sei, aber ein »Weiter so« dürfe es nicht geben. Im Koalitionsvertrag hat man festgehalten, dass man über die geeignete Afrika-Strategie mit den französischen Freunden reden wolle. Darauf darf man gespannt sein. Außenminister Steinmeier (SPD) und der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerd Müller (CSU), haben unterdessen eine neue »Afrikastrategie« vorgelegt, die das absolute Primat des zivilen Engagements betont und den gewaltförmigen Konflikten mit neuen entwicklungspolitischen Instrumenten begegnen will.⁴ Sieht man genauer hin, findet man neben gepflegter Friedens- und Entwicklungsrhetorik als neuem Akzent vor allem, dass der Afrikanischen Union, den afrikanischen Regionalorganisationen und den Einzelstaaten beim Aufbau militärischer und polizeilicher Kräfte geholfen werden soll. Also doch mehr Militäreinsätze statt solidarischer Wirtschaftszusammenarbeit?

² So Norbert Röttgen (CDU), Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses bei der Review-Konferenz. Unter www.review2014.de.

³ Rolf Mützenich: Hoffentlich Allianz versichert (?), in: Internationale Politik und Gesellschaft, online unter www.ipg-journal.de/kolumne/artikel/hoffentlich-allianz-versichert-444/ (17.6.2014).

⁴ Afrikapolitische Leitlinien der Bundesregierung 2014, www.auswaertiges-amt.de.

Das Auswärtige Amt hat einen Prozess der (mehr oder weniger) öffentlichen Begutachtung deutscher Außenpolitik angestoßen. Unter dem Kürzel »Review 2014« wurden Sachverständige und renommierte Persönlichkeiten aus der internationalen Politik um Stellungnahmen gebeten; dezentrale Diskussionsveranstaltungen und Workshops unter Einbeziehung der so genannten Zivilgesellschaft werden organisiert; Empfehlungen für die künftige Außenpolitik und ihre öffentliche Darstellung sollen erarbeitet werden. Was dem Außenminister sein Review-Prozess, ist dem Minister für Entwicklungspolitik seine Zukunftscharta. In Blogs, Leserbriefspalten und Diskussionsrubriken der Zeitungen und Zeitschriften wird gestritten,⁵ und auch die in der internationalen Solidaritäts- und Friedensarbeit engagierte NGO-Szene mischt sich ein.⁶

Es ist unschwer zu erkennen, dass es bei dieser Debatte um mehr geht als um persönliche Profilierungsversuche von Politikern oder Ressortchefs. Das öfter gebrauchte Bild der Kanzlerin als »Zuchtmeisterin Europas« verdeutlicht, dass es sich um Machtverhältnisse und Machtverschiebungen in Europa handelt. Die drängende Frage lautet: Soll jetzt ökonomische Stärke in mehr politische Stärke umgemünzt werden? Sollen die in der europäischen Wirtschaftspolitik zutage getretenen neudeutschen Eigenschaften der Bevormundung und des Durchregierens auf weitere Politikbereiche übertragen werden?⁷ Die deutsche Dominanz in der Wirtschaftspolitik hatte bisher keine Entsprechung in der Gesamtheit der Internationalen Politik. Eher war »niedriges Profil« angesagt, ausreichend, um das positive Image Deutschlands als kosmopolitische und uneigennützig Nation zu pflegen. Das reichte für die Exportnation. Nun werden neue Erwartungen an Deutschland von außen herangetragen. Berlin müsse sich mehr in die Politik der transnationalen Institutionen und die internationalen Krisenlösungen einbringen, wird in Washington, New York, Paris und Peking gefordert.⁸ Dabei geht es nicht zuletzt um eine bessere Lastenteilung innerhalb der zusehends überforderten internationalen Einrichtungen, aber auch da-

⁵ So in Die ZEIT Online. Siehe dazu meinen Debatten-Beitrag »Deutschland als zivile Gestaltungsmacht«, auch nachzulesen unter www.paulschaefer.info.

⁶ Mit der Thematik haben sich eingehender beschäftigt: Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), die Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, das Forum Ziviler Friedensdienst, um nur drei Beispiele zu nennen.

⁷ Kerstin Gammelin und Raimund Löw (2014) haben eindrucksvoll nachgezeichnet, wie die deutsche Diktat-Politik in der Euro-Krise durchgesetzt wurde.

⁸ Siehe dazu auch die Beiträge »Außensichten« unter www.review2014.de.

rum, angesichts der Komplikationen europäischer Außenpolitik verbindliche Ansprechpartner haben zu wollen.

Während die einen nach deutscher Führung drängen, sind andere – unter dem Eindruck des deutschen Agierens in der Krise – besorgt, was aus einer hegemonialen Stellung Deutschlands in Europa folgen würde. Doch dass nun die alten deutschen Großmachtambitionen wiederbelebt werden sollen, ist bis dato nicht zu belegen. Aber Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste. Immerhin scheint es Schranken für solche Machtambitionen zu geben und das sind – eine mit Blick auf das vergangene Jahrhundert erstaunliche Wendung – die Deutschen selber. Sie wurden jüngst repräsentativ gefragt, ob sich die Bundesrepublik Deutschland welt- und europapolitisch mehr einmischen oder mehr zurückhalten solle.⁹ Und sie wurden gefragt, wofür sich Deutschland engagieren solle und auf welche Weise. Die Ergebnisse sind durchaus bemerkenswert:

Das sehr hohe Interesse an Außenpolitik (68% der Befragten) überrascht. Es wird dadurch relativiert, dass die Umfrage während der zugespitzten Situation in der Ukraine erhoben wurde und dieser Konflikt das Medienthema Nr. 1 war. Gleichwohl: Das Interesse an der Erhaltung des Friedens in der Welt gilt den Deutschen als oberstes Ziel deutscher Außenpolitik. Auch hier mag die Angst vor einer nicht mehr kontrollierbaren Eskalation zwischen dem Westen und Russland in der aktuellen Situation eine Rolle gespielt haben, aber diese Priorität deckt sich mit allen Umfragen der letzten Jahre. Die Deutschen wollen, ganz im Sinne des Grundgesetzes, dass von Deutschland Frieden ausgeht, nicht Krieg. Eine satte Mehrheit von 66% hält es andererseits für die wichtigste Aufgabe deutscher Außenpolitik, die Menschenrechte weltweit zu schützen.

Eine große Mehrheit will nicht, dass sich Deutschland mehr in der Welt engagiert als bisher, sondern plädiert für mehr Zurückhaltung. Nur ganze 13% sprechen sich für mehr Militär-Einsätze der Bundeswehr aus. Die Förderung von Abrüstung und Rüstungskontrolle steht auf der Skala hoch im Kurs. Dass die Angst vor Krieg und militärischer Gewalt überdurchschnittlich bei den älteren Jahrgängen vertreten ist, belegt, dass dieses Ergebnis mit deutscher Geschichte zu tun hat. Aber diese Einsicht wird offensichtlich auch weitergegeben. Mit »pazifistischer« Verweigerung oder Verant-

⁹ Einmischen oder zurückhalten? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik. Durchgeführt im April/Mai 2014. www.koerber-stiftung.de.

wortungslosigkeit hat das rein gar nichts zu tun. Außerordentlich hohe Zustimmungswerte gibt es dafür, dass die Bundesrepublik mehr bei der humanitären Hilfe, bei diplomatischen Verhandlungen und bei Projekten zur Stärkung der Zivilgesellschaft in anderen Ländern tun könne.

Die Verteidigung des Landes wird von fast allen Befragten befürwortet. Auch für ausschließlich humanitäre Zwecke sind die BürgerInnen bereit, Streitkräfte zu bemühen. Schließlich findet sich sogar eine überdeutliche Mehrheit dafür, dass Soldaten eingesetzt werden sollten, um einen Völkermord zu verhindern. Auch die Beteiligung an international beschlossenen friedenserhaltenden Maßnahmen können sich 74% der Interviewten vorstellen. Nicht mehrheitsfähig ist es indes, Truppen in Marsch zu setzen, um den Zugang zu Rohstoffen bzw. Handelswegen zu gewährleisten.

Es ist offenbar hilfreich, das Volk zu befragen. Volksbefragungen sollten grundgesetzlich verankert werden. Wer hätte gedacht, dass die deutsche Außenpolitik so differenziert durchdacht wird. Da ist das große Warnschild: keine deutsche Großmachtpolitik, die sich auf militärische Instrumente stützen will! Und da ist der konstruktive Hinweis: Deutschland kann und sollte mehr für eine friedliche, demokratische und nachhaltige Entwicklung in der Welt tun! Die jeweiligen politischen Schritte und Aktionen müssen dabei allerdings gut begründet und plausibel sein.

Eine andere Außenpolitik – mit wem?

Mitte November 2013 beschloss ein Bundesparteitag der SPD, dass man für die Zukunft auch im Bund keine Koalition grundsätzlich ausschließen wolle. Nach jahrelanger Abgrenzung auf Bundesebene war diese Öffnung ein wichtiger Schritt, der die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik verändern könnte. Allerdings wurden für Koalitionsbildungen Voraussetzungen genannt. Eine davon lautete: »Es muss eine verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen gewährleistet sein.« Dieser Satz zielt erkennbar auf die Partei DIE LINKE, der man gerne vorhält, mit ihrem »Nein« zu den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und den Maßnahmen zur »Rettung des Euro« unverantwortlich zu handeln. Offen blieb, was seitens der SPD »verantwortungsvoll« bedeuten soll und welche internationalen Verpflichtungen gemeint sind.

Dass die Außenpolitik allgemein als Sollbruchstelle für künftige Koalitionsverhandlungen angesehen wird, ist ein alter Hut. Die Entwicklung nach

der Bundestagswahl scheint aber die bestehenden Gräben eher vertieft als begradigt zu haben. Anlässe bieten sich immer wieder, auch die Krise um die Ukraine hat zu Dissonanzen vor allem zwischen den beiden Oppositionsparteien Grüne/LINKE geführt.

Die Zeichen für das Zustandekommen einer rot-rot-grünen Regierungszusammenarbeit stehen – trotz des SPD-Beschlusses – deshalb alles andere als günstig. Die SPD hat sich in der Großen Koalition unter Kanzlerin Merkel eingerichtet, bei den Grünen hat das ernüchternde Wahlergebnis 2013 Neigungen verstärkt, es mit den Unionsparteien zu versuchen (siehe Hessen), und die LINKE schwankt zwischen Bündnisofferten und schroffer Ablehnung.

Was also bedeuten die eingangs erwähnten Lockerungsübungen der SPD und die von den Grünen nach wie vor postulierte Offenheit für Regierungsbündnisse aller Art?

Es geht zunächst nur darum, sich künftige Optionen offenzuhalten – und sei es, um solche als Druckelement in Koalitionsverhandlungen einsetzen zu können. Ein tiefergehendes Nachdenken über ein linkes Reformbündnis ist nicht zu sehen. Dennoch: SPD und Grüne dürften nach den Erfahrungen des letzten Bundestagswahlkampfes wissen, dass mit solchen Optionen nur hantieren kann, wer sie den BürgerInnen auch als realisierbar darstellen kann. Daher werden sie mittelfristig nicht darum herumkommen, in Diskussionsprozesse über andere Regierungskonstellationen einzusteigen.

Eine Aussage kann zumindest mit Blick auf das Wahljahr 2017 gewagt werden: Uneingeschränkte Koalitionsfähigkeit werden sich die drei Parteien untereinander nicht attestieren. Es ist auch kaum vorstellbar, dass sich ein solches Parteienbündnis im Vorfeld der Wahl als großes gemeinsames Veränderungsprojekt präsentieren wird (wie es SPD und Grüne 1998 getan haben). Ein Regierungswechsel gibt trotzdem nur Sinn, wenn es um einen »Richtungswechsel auf neuer Grundlage« (Strohschneider 2014) geht. Und gerade deshalb ist es notwendig, dass das Feld für ein anderes Regierungsbündnis längerfristig bereitet wird. Die Verständigung über diese neue Grundlage wird nur vorab und nicht erst in hektischen Koalitionsverhandlungen gefunden werden können. Es geht um beharrliche konzeptionelle Arbeit an den inhaltlichen Voraussetzungen einer solchen Allianz und um die Anbahnung möglichst konstruktiver Auseinandersetzungen zwischen den Akteuren, die auf der Basis gemeinsamer Überzeugungen, gemeinsamer Projekte und gewachsenen Vertrauens zusammenfinden müssen.

Und nicht zuletzt: Eine neue Regierungskonstellation braucht Akzeptanz in größeren Teilen der Gesellschaft. Die entsteht nicht über Nacht. Ohne Rückhalt und kritische Begleitung in der Bevölkerung wird eine Regierung nicht viel bewegen können. Neue Allianzen mit neuen Vorstellungen werden nicht in den Hinterzimmern der Mächte-Gern-Koalitionäre zustande kommen, sondern dadurch, dass sich in Folge von Debatten und Meinungsbildungsprozessen in der Zivilgesellschaft ein öffentlich bekundetes Bedürfnis nach Veränderung Bahn bricht.

Außenpolitik heute – Gesellschaftspolitik global

Bei Außenpolitik denkt man an Staat, Staatsmänner, Staatsbesuche und internationale Gipfeltreffen. Und man geht gemeinhin von einem Verständnis aus, dass sich Außen und Innen deutlich unterscheiden ließen. Innenpolitik, das ist Wirtschaft, Soziales, Umwelt, Bildung, Wissenschaft, die Justiz – einfach alles. Mit der Außenpolitik ist es schon schwieriger. Und doch: Die letzten Jahrzehnte haben dieses Grundverständnis, wonach die Außenpolitik – wie in zahlreichen anderen Ländern ja auch institutionalisiert – nur eine Sache der Präsidenten oder bestenfalls der Kabinette sei, grundlegend obsolet werden lassen. Dass Konferenzen, in denen über politische Maßnahmen gegen die Umweltzerstörung und die Klimakatastrophe gerungen wird, von allergrößter Bedeutung für die Welt von morgen und übermorgen sind, hat sich herumgesprochen. Und dass es nicht mehr ohne international zu koordinierende Maßnahmen/Abkommen/Gesetze gehen wird, ist ebenso klar. Dass im Rahmen der Europäischen Union viele Politikbereiche Gemeinschaftsregeln unterliegen («Vergemeinschaftung») und in Brüssel verabschiedete Gesetze auch Bindungswirkung in die einzelnen Mitgliedstaaten hinein haben, ist inzwischen vielen BürgerInnen bewusst. Sie wissen aber oft nicht, was sie von einer Politik halten sollen, die ihr Gefühl, fremdbestimmt zu sein, immer wieder verstärkt. Schließlich: Eine wachsende Zahl von Menschen wird in Bürgerinitiativen aktiv (lokale Agendagruppen, Transparency International, attac, EineWelt-Bewegung, Flüchtlingssolidarität usw.), die sich in vielfältiger Weise für eine bessere Welt außenpolitisch engagieren.

Schließlich hat die Globalisierung, die sich in den letzten 30 Jahren durchgesetzt hat, das ihre dazu getan, dass wir täglich mit der großen, weiten Welt konfrontiert werden. Die Zeit-Raum-Verhältnisse, innerhalb deren sich

Politik bewegt, sind andere geworden. Unter dem amerikanischen Kürzel »Breaking News« werden uns Berichte über dramatische oder auch besonders fröhliche Ereignisse frei Haus per Satellit oder Internet geliefert – in Echtzeit »just in time«. Wie eng die neue Welt miteinander verwoben ist, sieht man an den globalen Warenströmen und wirtschaftlichen Interaktionen. Die informations- und kommunikationstechnologische Revolution, die diesen Prozess der Globalisierung begleitet und vorangetrieben hat, hat den Lebensalltag der Menschen nahezu weltumspannend verändert. Die kulturellen Folgen, die durch die Bilderströme der globalen Kulturindustrie hervorgerufen werden, sind beträchtlich – vor allem dort, wo sie tradierte Wertvorstellungen und Lebensweisen infrage stellen und transkulturelle Konflikte auslösen.

Wir sehen es aber auch an der Präsenz der Menschenrechte, die als universell gültig und unteilbar gelten. Auf die schon 1948 durch die UN-Generalversammlung festgeschriebene Allgemeine Erklärung der Menschenrechte beziehen sich alle, die für humane und gerechte Lebensbedingungen streiten – wo auch immer.

Last not least: die globalen Überlebensfragen. Dabei geht es in erster Linie um die Folgen der von Menschenhand ausgelösten Umweltzerstörungen und Klimaveränderungen, aber auch um die Ungleichverteilung von Reichtum in der Welt. Wenn hier kein Umsteuern gelingt, werden kommende Generationen schwierigste Existenzbedingungen vorfinden (zu diesen Punkten: Beck 1997).

Man kann es auch in einem Satz sagen: *Außenpolitik (Internationale Politik) ist heute Weltpolitik*. Damit sind auch neue Anforderungen an Politik entstanden. Der bereits von Goethe kritisch beleuchtete Biedermeier-Blick (»Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen, Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, Wenn hinten, weit, in der Türkei, Die Völker aufeinander schlagen« – Faust I, 1808) ist passé.

Nahezu alle Fragen, die Gegenstand innerparteilicher Auseinandersetzungen sind – Wirtschaft, Finanzen, Soziales, Umwelt, Freiheit & Demokratie etc. –, werden auch international verhandelt und spielen im Verhältnis der Staaten untereinander eine Rolle. *Außenpolitik (Internationale Politik) ist heute immer auch Gesellschaftspolitik*.¹⁰

¹⁰ Heidemarie Wiczorek-Zeul weist in ihrem Beitrag daraufhin, dass man daher heute besser von »Internationaler Politik« als von Außenpolitik reden sollte. Das ist

Auch wenn die mediale Berichterstattung den Anschein erweckt, Staaten würden als geschlossene Einheiten fungieren, die durch ihre jeweiligen Regierungen auf der internationalen Bühne repräsentiert werden, so darf nicht vergessen werden, dass sich in diesen Politiken auch die wirtschaftlichen und sozialen Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaften widerspiegeln. So wird die US-Außenpolitik die Belange der Großfarmer, der großen Energiekonzerne, der Wall Street-Banker im Auge haben und berücksichtigen wollen. *Außenpolitik ist daher auch Interessenpolitik*. Das hat heute natürlich auch eine internationale Dimension – wegen der transnational agierenden Konzerne und Unternehmen, einer supranational sozialisierten und vernetzten Managerklasse, die in Weltmarktkategorien denkt und die ihre Lobbyarbeit auch auf die internationalen Entscheidungsinstanzen ausrichtet. Dies ist ein Hinweis darauf, dass wir in der Weltgesellschaft auch von den sich durchsetzenden Interessen und Interessen, die auf der Strecke bleiben, reden müssen.

Welche Rolle spielt in der Internationalen Politik das Attribut links? Anhänger der Politischen Theorien über »Außenpolitik« (Schimmelfennig 2012), in denen innergesellschaftliche Verhältnisse nur am Rande eine Rolle spielen, oder in denen Staaten nur als pure zweckrationale, nach Macht strebende Einrichtungen vorkommen, werden in Abrede stellen, dass es überhaupt linke Außenpolitik geben könne. Und bestätigt nicht ein erster Blick, dass sich Grundausrichtungen in nahezu allen Staaten der Welt herauskristallisiert haben, die auf Dauer gestellt scheinen, gerne mit dem Begriff »Staatsräson« bezeichnet werden und daher als unverrückbar gelten? Es handelt sich aber nicht um ein überzeitliches Phänomen. Diese Orientierungen sind im Ergebnis bestimmter historischer Prozesse entstanden, als Entscheidungen an historischen Wendepunkten, die in der Folge das kollektive Bewusstsein der jeweiligen Völker maßgeblich geprägt haben, die sich aber auch grundlegend wandeln können. Dass zum Beispiel »Neutralität« als Grundrichtung staatlicher Außenpolitik an bestimmte historische Kontexte gebunden ist, hat nicht zuletzt die Geschichte nach 1990 gezeigt. Die »Neutralen« sind aufgerieben, die Vereinigung der »blockfreien Länder« hat sich in dieser Form aufgelöst. Also Vorsicht bei der Verwendung des Begriffs Staatsräson! Das gilt auch für die oft zu hörende Aussage, dass nur das geschlossene Auftreten aller relevanten politischen und gesell-

völlig zutreffend. Wenn im Folgenden immer mal wieder von Außenpolitik die Rede ist, dann nur weil sich dieser Begriff im Umgangssprachgebrauch immer noch hält.

schaftlichen Kräfte nach außen eine wirkungsvolle Beeinflussung der äußeren Umwelt möglich mache. Es gehe also um »nationale Interessen«, nicht um »Parteipolitik«. Doch der Begriff der »nationalen Interessen« ist alles andere als klar definiert. Seien wir ehrlich: Meistens wird dabei an (nationale) wirtschaftliche Interessen gedacht. Die Bundesregierung soll danach dafür sorgen, dass hier ansässige Unternehmen möglichst gut ihre Waren weltweit verkaufen, günstig Rohstoffe einkaufen und zu optimalen Bedingungen im Ausland investieren können. Deshalb nimmt die Kanzlerin bei ihren Auslandsreisen meistens auch einen ganzen Tross an »Wirtschaftsbossen« mit. Ob damit dem Allgemeinwohl gedient wird, darf bezweifelt werden. Beispiel: die Rüstungsgeschäfte. Außerdem: Die Wahrung vermeintlich nationaler Interessen darf nicht über die nötige demokratische Auseinandersetzung in den jeweiligen Ländern gestellt werden!

Aber ist *Kontinuität* nicht eine wichtige Eigenschaft in den Internationalen Beziehungen, weil es immer auch um wechselseitige Vertrauensbildung geht? Daran ist mehr als ein Körnchen Wahrheit. Vor allem wenn es sich darauf bezieht, dass ein Land Verträge mit anderen abschließt, internationale Abkommen unterzeichnet und mit anderen Staaten in den internationalen Einrichtungen dauerhaft kooperieren will. Die sich darin ausdrückenden »internationalen Regime« sind von elementarer Wichtigkeit für ein stabiles und gedeihliches Miteinander in der Staatenwelt. Dabei gilt nicht nur der Satz, dass Verträge einzuhalten sind. Es geht auch darum, aufgebautes Vertrauen nicht durch jähe Wendungen aufs Spiel zu setzen. Aber Kontinuität ist kein inhaltsleerer und zielloser Begriff. Das Ziel ist, zu einer friedlicheren und besseren Welt zu kommen. Kontinuierliche Waffenbrüderschaft gehört nicht dazu. Daraus muss man auch aussteigen können. Kontinuität und Wandel, beides ist wichtig.

Und ist nicht Außenpolitik doch von Bedingungen bestimmt, die über die Tagespolitik, den Parteienstreit oder politisch-ideologische Weltbilder hinausgehen? Wer wollte leugnen, dass die je besondere Geschichte, die »natürlichen« Voraussetzungen, die kulturellen Traditionen und Eigenarten, einen maßgeblichen Einfluss auf die internationalen Politiken der jeweiligen Länder haben?! Aber es ist immer eine konkrete Richtungsentscheidung, wie mit diesen Faktoren umgegangen wird.

Determinanten deutscher Außenpolitik

Die Bundesrepublik Deutschland grenzt an zwölf andere Länder (zum Vergleich: Die Spitzenreiter Russland und China haben jeweils 14 Nachbarn). Das legt durchaus eine gewisse Ratio nahe, die der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung 1969 damit ausdrückte, dass man ein Volk der guten Nachbarn sein wolle. Dass er dies überhaupt betonen musste, zeigte, dass dies nicht immer der Fall war. Im Gegenteil. Manche Nachbarn galten als Erzfeinde. Und die Politik der guten Nachbarschaft sollte mit der Neuen Ostpolitik der Brandt-Regierung ja erst auf den östlichen Teil Europas ausgedehnt werden.

Die Bundesrepublik hat gute klimatische Bedingungen, aber wenig Rohstoffe. Das legt nahe, dass man an intensiven und weitgespannten wirtschaftlichen Austauschbeziehungen interessiert sein muss. Aber daraus folgt noch keine spezifische Politik. Der Erwerb von Rohstoffen kann etwa auf dem Weg (neo)kolonialer Ausbeutung erfolgen oder durch auf Interessenausgleich, gegenseitigen Vorteil und gleichberechtigte Teilhabe gerichtete Handelsbeziehungen.

Die Bundesrepublik liegt in der Mitte Europas. Liegt es da nicht nahe, dass sie sich als Förderer europäischer Gemeinsamkeit und als Mittler zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West versteht? Gerade diese zwischen West- und Osteuropa inklusive Russland vermittelnde Rolle war indes historisch lange Zeit umstritten und ist es immer noch. Nach 1945 galten die Beziehungen Deutschlands mit der Sowjetunion in der Zeit der Weimarer Republik als anrühlich bis verwerflich.¹¹ Mit der so genannten Westbindung sollten 1949 in der Bundesrepublik die Lehren aus diesem »falschen« Sonderweg gezogen werden – um darüber die rechtsstaatliche Demokratie dauerhaft zu verankern. Darüber soll hier nicht gestritten werden. Die These kann gewagt werden, dass die Demokratie hierzulande Wurzeln geschlagen hat, äußerer Stützen bedarf es dazu nicht. In Verbindung mit der aktuellen Ukraine-Krise ist diese Frage wieder von konservativen Politikern aus der Schublade geholt worden. Man müsse wissen, auf welcher Seite

¹¹ 1922 schloss das Deutsche Reich gegen den Widerstand der Westmächte mit der russischen Sowjetrepublik ein Abkommen, das vor allem auf wirtschaftliche Zusammenarbeit gerichtet war. Daneben gab es geheime Programme militärischer Kooperation. Rapallo (nach dem Ort der Unterzeichnung benannt) galt seitdem als Synonym für einen Irrweg deutscher Politik.

man steht, so der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, der Unionspolitiker Norbert Röttgen. Er plädierte damit für einen schärferen Konfrontationskurs gegenüber Russland. Aber Kurzsichtigkeit wird nicht besser, wenn sie mit historischer Geste vorgetragen wird. Dass Deutschland heute im Rahmen einer gesamteuropäischen Einigungspolitik ein Interesse an engen, partnerschaftlichen Beziehungen zur Russischen Föderation haben sollte, ergibt sich aus wirtschaftlichen *und* sicherheitspolitischen Gründen und ist eine Frage der historischen Vernunft.

Die Bundesrepublik Deutschland ist geprägt durch die besondere Geschichte der Deutschen im 20. Jahrhundert. Die Schatten von Hitler, Auschwitz und zweier Weltkriege sind verdammt lang. Sie begünstigen eine eher pazifistische Grundhaltung der Menschen hierzulande, die in der Politik der militärischen Zurückhaltung nach 1949 eine Entsprechung fand. Die oben herangezogene Repräsentativbefragung hat dies wieder einmal bestätigt, trotz der jüngeren deutschen Militärgeschichte mit Bundeswehreinmärschen auf dem Balkan, in Afghanistan oder anderswo. Allerdings ist der allgemeine Konsens über die Kultur der Zurückhaltung innerhalb der politischen Klasse, der Parteien durch die deutsche Beteiligung an Militäreinsätzen »out of area« schon lange aufgebrochen worden. Und die Unsicherheit darüber, wie man die pazifistische Grundstimmung und das für nötig erachtete internationale Engagement Deutschlands unter einen Hut bringen kann, ist ja einer der Auslöser der gegenwärtigen Debatte. Es ist gut, dass sie geführt wird. Aber bitte nicht unter dem Vorzeichen, eine historische Erblast tilgen zu wollen.

Trotz der hier genannten Bestimmungsfaktoren deutscher Außenpolitik ist unser Ausgangspunkt, dass politische Einstellungen, moralische Wertehaltungen und gesellschaftliche Leitbilder in der Innen- *und* Außenpolitik prägend sind. Wenn das so ist, dann gilt das Links-Rechts-Raster auch hier in der internationalen Politik. Ein Blick in die Programme der Parteien und ihre politische Praxis belegt es.

Vereinfacht gesagt: Links steht für die starke Betonung sozialer Gerechtigkeit, rechts dafür, dass sich die Starken und ohnehin Privilegierten durchsetzen. Links steht dafür, dass der Staat oder andere öffentliche Institutionen mit dafür sorgen müssen, dass Gerechtigkeit national wie international hergestellt wird, indem privater Reichtum begrenzt und die Gleichheit des Zugangs zu Gütern wie Gesundheit, Bildung, Kultur gewährleistet wird. Diese Güter werden als öffentliche definiert, nicht als private. Linke plädieren für starke internationale Einrichtungen und für globale Solida-

rität mit den Ausgegrenzten, Erniedrigten, Ausgebeuteten. Rechts verteidigt die Vormachtstellung der »weißen« Industrienationen. Links bevorzugt eindeutig die friedliche Lösung der Konflikte, während Rechte auch international gerne mit dem Knüppel drohen.

Deutlich werden die Gegensätze auch, wenn man einen Blick ins neue Europäische Parlament und den bei der Wahl 2014 gestärkten rechten Block wirft. Die EU-Probleme sollen durch ein Zurück zum Nationalstaat und durch die scharfe Ausgrenzung der Armen und Schwachen gelöst werden. Das ist das Gegenteil linker Politik.

Richtig ist, dass auch konservative und wirtschaftsliberale Parteien heutzutage die soziale Gerechtigkeit für sich reklamieren, für internationale Zusammenarbeit und den Schutz der Umwelt eintreten. In der praktischen Politik jedoch treten die tiefer liegenden Differenzen immer wieder ans Tageslicht. Sollen große Vermögen stärker besteuert, Steueroasen trockengelegt, sollen die Rechte der Besitzlosen, der abhängig oder prekär Beschäftigten umfassend gestärkt werden, soll Wirtschaftswachstum aus Gründen der Nachhaltigkeit begrenzt werden und sollen die militärischen Arsenale zurückgefahren werden? An solchen Fragen trennt sich meist die Spreu vom Weizen.

Die normativen Grundlagen linker Außenpolitik

Im Kommunistischen Manifest endeten Karl Marx und Friedrich Engels mit dem flammenden Appell: »Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!« Es war die logische Konsequenz ihrer Analyse des Kapitalismus als eines weltumspannenden Systems. Diejenigen, die im Rahmen dieses Systems ausgebeutet und unterdrückt würden, sollten sich – ihrer gemeinsamen Interessenlage entsprechend – über Ländergrenzen hinweg zusammenschließen, um ihre Fesseln abzuschütteln. Es ging um Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung – international. Und um die Solidarität derjenigen, die nur durch die Aufhebung ihrer Vereinzelung auch die ungerechten Verhältnisse aufheben können.

In der heutigen Zeit wird man in erster Linie an die Beschäftigten in den Textilindustrien Asiens, an die Wanderarbeiter in den Golfstaaten denken, an die große Zahl der Menschen, denen elementare Grundrechte wie der Zugang zu benötigten Arzneimitteln, zu sauberem Wasser, aber auch das Recht auf freie politische und gewerkschaftliche Betätigung verweigert

werden. Aber die sozialen Grundkonflikte haben sich nur globalisiert. Unter je anderen Voraussetzungen geht es überall darum, dass alle Menschen des Planeten über individuelle und soziale Grundrechte verfügen, dass allen die Freiheit der Selbstbestimmung zugestanden wird.

»Liberté, égalité, fraternité« hatte sich die Französische Revolution auf ihre Fahne geschrieben. Dieses Programm ist bis heute uneingelöst. Dazu muss es freilich vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Der Philosoph Thomas Seibert plädiert für einen revolutionären Begriff der Menschenrechte, der die Begrenzungen des naturrechtlich-liberalen (verkürzt: der Mensch ist mit gleichen Rechten geboren, was er daraus macht, hängt von ihm ab) und des republikanischen Menschenrechtsverständnisses (der Staat gewährleistet institutionell, dass den Individuen bestimmte Rechte zukommen) überwindet. Bleiben die Menschenrechte in dem einen Fall eher ein schönes Ideal, so sind sie in dem anderen auf diejenigen begrenzt, die über Rechte als BürgerInnen eines souveränen Staates verfügen, während diejenigen, die einer je spezifischen Gemeinschaft nicht angehören – die Staatenlosen, die Flüchtlinge, die Nicht-Sesshaften, die Wanderarbeiter –, Pech haben. Die revolutionäre Menschenrechtsdeutung betont demgegenüber die untrennbare Verbindung zwischen den drei Idealen Freiheit, Gleichheit, Solidarität, sie besteht darauf, dass es um Rechte gleichen Ranges geht. Es geht um das gleiche Recht aller auf die Selbstermächtigung zu Freiheit. »Das so verstandene Menschen- und Bürger_innenrecht kann von niemandem »von oben« gewährt und für niemanden herbeigebombt werden, sondern immer nur das Resultat eines offenen Prozesses der Selbstermächtigung sein.« (Seibert 2014) Und: »Mit diesem Recht ist logisch und faktisch die Verwirklichung der gesellschaftlichen Bedingungen eingefordert, die gegeben sein müssen, damit jeder Mensch die Möglichkeit hat, zum freien Subjekt des eigenen Lebens zu werden und als solches anerkannt zu werden.« (ebd.) Dass dieses Recht heute konsequent kosmopolitisch, also auf die Erdbevölkerung angewandt werden muss, versteht sich.

Die heutige Linke wird sich an das Diktum Rosa Luxemburgs erinnern müssen, die früh den wechselseitigen und unauflöslichen Zusammenhang der beiden Grundwerte Freiheit und Gleichheit plakativ wie trefflich beschrieben hat: »Freiheit ohne Gleichheit ist Ausbeutung. Gleichheit ohne Freiheit ist Unterdrückung«. Man kann es auch so sagen: Es geht um individuelle Freiheitsrechte (Versammlungsfreiheit, Redefreiheit, Wahlrecht etc.), um soziale Grundrechte (Recht auf Arbeit, auf Wohnraum, Zugang zu Bildung und Gesundheit) und darum, dass gesellschaftliche Bedingungen

geschaffen werden, die die Idee Wirklichkeit werden lassen. Denn die Verwirklichung der Grundrechte ist global gesehen an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft: an die Durchsetzung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung, die den Entwicklungsländern faire Handelsbeziehungen einräumt, die sicherstellen muss, dass die Einnahmen aus den Auslandsinvestitionen der Privatunternehmen auch der Entwicklung in den jeweiligen Ländern zugute kommen, und die für eine globale Umverteilung des Reichtums sorgt. Ohne die Beseitigung der ungeheuren Spreizung der Einkommen, Vermögen, Lebenschancen im Weltmaßstab werden die erforderlichen Investitionen in Landwirtschaft, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit und vieles mehr nicht zu finanzieren sein. Darüber entscheidet sich wiederum, ob die Grundrechte auf dem Papier stehen, oder ob sie sich tatsächlich materialisieren. Aber zu den Voraussetzungen gehören eben auch rechtsstaatliche und parlamentarisch-demokratische Verhältnisse, für die daher global gekämpft werden muss!

Wir reden über Machtverhältnisse und darüber, dass die Welt andere Regulationsweisen braucht, um Gerechtigkeit durchzusetzen. Mehr Macht für die einen ist weniger Macht für die anderen: Das heißt, die großen Nationalstaaten, die mächtigen Interessengruppen müssen abgeben, sich darauf besinnen, ihre Fähigkeiten in die internationale Gemeinschaft einzubringen, statt auf egoistische Vorteilsnahme erpicht zu sein. Und: Ohne den Umbau der internationalen Institutionen, die diesen Übergang zu einer gerechteren Welt lenken und organisieren müssen, wird wenig geschehen. Der UN kommt eine Schlüsselrolle zu, wenn wir über die Lösung der großen globalen Fragen sprechen: Beseitigung der Armut, Gleichstellung der Frau, Durchsetzung der weltbürgerlichen Rechte, Rettung der ökologischen Existenzgrundlagen.

Die Menschenrechte haben ihren Niederschlag in entsprechenden Entschlüssen der Vereinten Nationen und in internationalen Abkommen gefunden. Das ist ein großer zivilisatorischer Fortschritt, den vor allem Linke verteidigen müssen. Und sie müssen an der Spitze der Bewegungen für die Realisierung dieser Rechte und Freiheiten stehen. In den Programmen von SPD, Grünen und LINKE wird jeweils bekräftigt, dass die Menschenrechte universell und unteilbar seien. Sie genießen einen hohen Rang in der allgemeinen Programmatik. In der konkreten Praxis sind jedoch Widerhaken unübersehbar: Kosmopolitische Wertorientierungen können in Widerspruch zur kurzfristigen Standortpolitik geraten (was dazu führen kann, das Gewicht der Menschenrechte zu relativieren – Beispiel: Agrar- oder Rüstungs-

exporte). Wenn die unmittelbare Durchsetzung der Menschenrechte zum ausschließlichen Normativ Internationaler Politik gemacht wird, läuft man in der heutigen Welt Gefahr, schnell nach dem Einsatz von Gewalt zu rufen (was mit dem etwas gehässigen Begriff »Menschenrechtsbellizismus« belegt wird). Wenn man darauf fixiert ist, dass die Menschenrechte für hegemonial-kapitalistische Einflussnahme und Menschenrechtsverletzungen als Vorwand für gewaltsame Interventionen (regime-change) missbraucht werden, ist man schnell dabei, die Bedeutung der Menschenrechte für die Unterdrückten zu relativieren.

Wenn man die Dinge vom Ende her bedenkt, müsste klar sein, dass die Menschenrechte nicht dem Gewaltverbot untergeordnet werden dürfen. Nach dieser Logik hätte Abraham Lincoln den Krieg mit den Südstaaten unverzüglich beenden müssen (wozu ihn seine Parteifreunde drängten), ohne dass der Sklaverei ein Ende gesetzt worden wäre. Lincoln wird im gleichnamigen Film zitiert, ihm gehe es darum, wie künftige Generationen zusammenleben – um den historischen Fortschritt. Umgekehrt gilt aber auch: Menschenrechte können nicht durch noch größere Menschenrechtsverletzungen durchgesetzt werden. Wir haben es also mit einem schwerwiegenden Zielkonflikt zu tun, einem Dilemma, dem man nicht entgehen kann. Dieses Spannungsverhältnis hat sich auch in der Entwicklung des Völkerrechts abgebildet – indem es der legitimen Gewaltanwendung möglichst enge Grenzen setzt, sie aber nicht kategorisch ausschließt.

Dabei sollte kein Zweifel daran bestehen, dass sich Linke immer als Bewegung gegen Krieg und Militarismus verstehen müssen. Zu ihren obersten Zielen sollte gehören, dass Konflikte friedlich, d.h. durch Verhandlungen gelöst werden sollen und dass der Weg zu einer stabilen, friedlichen Welt mit dem (völligen) Abbau der militärischen Potenziale verbunden sein muss. Der heute vorherrschende Typus des Krieges ist der innergesellschaftliche Gewaltkonflikt. Diese »neuen Kriege« sind nur zu verhindern, wenn es dort gerechtere und demokratischere Verhältnisse gibt. Die beiden christlichen Kirchen haben auf diese Situation mit dem Leitbild des »gerechten Friedens« reagiert. In der Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland wird darauf verwiesen, dass friedensfördernde Prozesse durch die Vermeidung von Gewaltanwendung, die Förderung von Freiheit und kultureller Vielfalt und durch den Abbau von Not charakterisiert seien (EKD 2007).

Auf dieser Grundlage kann man die Wesensmerkmale linker Außenpolitik bestimmen: Gerechtigkeit – die die sozialen und freiheitlichen Men-

schenrechte umfasst; Frieden mit friedlichen Mitteln; internationale Solidarität, um diese Ziele zu erreichen, aber auch als Ziel selbst.

Worum geht es in diesem Buch?

Wer Konzepte für eine andere, eine fortschrittliche Außenpolitik entwickeln will, der muss über die Welt von heute sprechen und die Notwendigkeit ihrer Veränderung. Die Welt ist mehr denn je zusammengerückt. Gleichzeitig scheint die Staatenwelt ohnmächtiger denn je zu sein, um die Krisen wirkungsvoll zu managen. Mehr noch: Für viele Menschen verdichtet sich der Eindruck, dass diese Welt immer mehr aus den Fugen gerät: drohende Klimakatastrophe, Finanzmarkt- und Schuldenkrise, Gewaltkonflikte. Keine Institution scheint in der Lage, die Dinge zum Besseren wenden zu können.

Die Schwierigkeiten, präzise zu benennen, was linke Reformpolitik in der Internationalen Politik ausmacht, hängen mit den gegenwärtigen Umbruchprozessen zusammen. Wir leben in ungewissen Zeiten. Daher wäre es entschieden zu kurz gegriffen, nur abzuklopfen, was nach heutiger Beschlusslage zwischen den Parteien möglich wäre bzw. was nicht. Rückwärtsgewandte Aufrechnungen und Schuldzuweisungen helfen schon mal gar nicht. Es geht um eine Verständigung darüber, was sich in der Welt von heute ändern muss und in welchen Etappen diese Veränderungen erreicht werden sollen. Dafür brauchen wir alle auch den Rat von VertreterInnen der Wissenschaft, von AktivistInnen aus den international engagierten NGOs. Einige haben wir um ihre Überlegungen gebeten. Und wir brauchen Diskussionen über Reformalternativen innerhalb der »Mosaiklinken« (Urban 2013) auch, weil sich ohne gesellschaftliche Bewegung Regierungspolitik kaum ändern wird. In diesem Buch geht es daher um den Beginn einer überfälligen Debatte und um Denkanstöße für diese Debatte.

Nicht alle Themen, die in der internationalen Politik heute eine Rolle spielen, konnten hier behandelt werden. Die nähere Betrachtung der zahlreichen regionalen Krisen und Konflikte hätte den Rahmen dieses Buches gesprengt. Das gilt auch für die aktuellen Eskalationen in Osteuropa und Nahost. Sie werden allerdings in den kommenden Debatten eine erhebliche Rolle spielen.

Globale Herausforderungen

Michael Brie beschäftigt sich mit den großen weltweiten Entwicklungstrends und Widersprüchen und versucht zu bestimmen, was uns in der Zukunft wahrscheinlich erwartet. Genauer: Worauf wir uns einstellen sollten, um besser verändernd eingreifen zu können. Dass die Welt in keiner guten Ordnung ist, wird seit Langem beklagt. Es ist in Mode gekommen, eine »politische Steuerung der Globalisierung« einzufordern. Ein Schlüsselwort in diesem Zusammenhang heißt »Global Governance«. *Peter Wahl* untersucht, woran der bisherige Versuch einer globalen Krisensteuerung ohne Weltregierung krankt und warum UNO und Zivilgesellschaft viel mehr Einfluss nehmen müssen, wenn es hier vorangehen soll. *Frithjof Schmidt* nimmt sich die aktuellen Debatten über ein europäisch-transatlantisches Freihandelsabkommen vor und zeigt, dass es nicht nur um Handelspolitik geht, sondern um Grundrichtungen globaler Ordnungspolitik. *Jochen Hippler* schließlich denkt darüber nach, wie es um die Gegenwehr zur zukunftsbedrohenden Form der Globalisierung bestellt ist, welchen Gegenkräften man nicht über den Weg trauen sollte, aber auch welche Bündnisse möglich sind.

Entwicklungsperspektiven

Wenn die Welt außer Rand und Band zu geraten droht, bedarf es einer regelbasierten Weltordnung, um eine vernünftige Entwicklung einschlagen zu können. Darauf geben *Lothar Brock* und *Silke Weinlich* eine Antwort und legen dar, warum dabei den Vereinten Nationen die Schlüsselrolle zukommen muss. *Thomas Gebauer* wendet sich der Grundsatzfrage zu, warum der bisherige Globalisierungsverlauf Verwüstungen hinterlassen hat und die Kluft zwischen arm und reich immer größer wird und was man dagegen tun muss. *Jochen Steinhilber* führt diesen Gedanken unter der Überschrift »Globale Strukturpolitik« fort und entwirft Vorstellungen, wie eine rot-rot-grüne Post-2015-Agenda auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit aussehen könnte. *Wilfried Telkämper* und *Eva Wuchold* stellen Überlegungen an, wie die in lateinamerikanischen Basisbewegungen kreierte Idee des Buen Vivir, des guten Lebens, auf unsere Lebensweise übertragen werden könnte.

Europäische Integration

Globalisierung und Regionalisierung gehen heute Hand in Hand. Die Regionalisierung erscheint als eine der Formen, in denen sich die Globalisierung heute durchsetzt. Gleichzeitig ist die Europäische Integration in eine

multiple Krise geraten: Banken- und Eurokrise, die wirtschaftliche Krise der südeuropäischen Länder, die durch die von oben diktierten, rigiden Sparauflagen noch mehr geschwächt wurden, Stagnationserscheinungen und Konflikte bei der Gemeinsamen Außenpolitik, der Aufschwung eurokritischer bzw. europafeindlicher Strömungen bei der letzten Europawahl. *Andreas Fisahn* kommt zu dem Ergebnis, dass ohne eine grundsätzliche Neuorientierung in der Europapolitik weitere Krisen vorprogrammiert sind und die Fliehkräfte weiter zunehmen werden. *Stefan Liebich* wendet sich den aktuellen Krisen im West-Ostverhältnis zu und plädiert energisch dafür, sich auf bereits erreichte Grundlagen des friedlichen und vertrauensvollen Zusammenlebens zu besinnen. Auch er erteilt, wie *Andreas Fisahn*, dem Versuch, die Integrationsprobleme durch eine »Re-Nationalisierung« zu »lösen«, eine unmissverständliche Absage.

Frieden und Sicherheit

Das sind die großen Themen, die nicht zu Unrecht emotional besonders besetzt sind, die zusammenführen wie auseinander treiben können. Die Beteiligung der deutschen Bundeswehr an den NATO-Militäreinsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan hat eine tiefe Spaltung zwischen Sozialdemokratie, Grünen und LINKEN herbeigeführt. An diesem Trauma leiden die Beziehungen noch heute. Andererseits hat sich Ernüchterung über den globalen Kriseninterventionismus der letzten beiden Jahrzehnte nach den Erfahrungen in Afghanistan, im Irak oder auch Libyen ausgebreitet. Selbst im konservativen Lager scheint es Ansätze des Umdenkens zu geben.¹² Diese Erfahrungen müssen aufgearbeitet und durch die Suche nach auf die Zukunft gerichteten Lösungen ergänzt werden. So könnten auch die Widersprüche zwischen diesen Parteien produktiv angegangen werden.

Die Gräben innerhalb des linken Spektrums, die sich aus der gegensätzlichen Beurteilung der Auslandseinsätze der Bundeswehr ergeben, sind durch die akute Ukraine-Krise nicht kleiner geworden. *Marius Müller-Henig* hat sich trotz alledem auf die Suche nach Gemeinsamkeiten begeben und versucht, Brücken zu bauen. Er unterbreitet praktische Vorschläge, wie die Friedens- und Sicherheitspolitik einer progressiven Regierung aus-

¹² Wenn der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Gerd Müller, immerhin ein Vertreter der CSU, anlässlich seines Besuchs in Nigeria im Juni 2014 ausführt, dass man jetzt die Entwicklungsanstrengungen intensivieren müsse, bevor man sich in zwei, drei Jahren wieder gedrängt sehe, eine Militärmission zu beschließen, so deutet dies eine gewisse Neubesinnung an.

sehen könnte, auf die man sich verständigen müsste. In einer Kontroverse beziehen *Heidemarie Wieczorek-Zeul* (SPD), *Agnieszka Brugger* (Grüne), *Jan van Aken/Maria Oshana* (Die LINKE) und *Rolf Mützenich* (SPD) Position: Die große Kluft zwischen SPD/Grünen einerseits, der LINKEN andererseits in der »Gewaltfrage« bleibt: Während *Heidemarie Wieczorek-Zeul* und *Agnieszka Brugger* Ausnahmen vom strikten Gewaltverzicht in der heutigen Welt für unerlässlich halten und daher auch die internationale Schutzverantwortung prinzipiell bejahen, bleiben *Jan van Aken* und *Maria Oshana* bei ihrem strikten Nein, räumen allerdings ein, dass »fast alle Militärinterventionen« ganz überwiegend Schlimmes bewirkt haben. Was möglicherweise den Umkehrschluss zulässt, dass es in seltenen Fällen auch andere Erfahrungen gegeben hat. *Rolf Mützenich* beschreibt, woran aus seiner Sicht ein Mitte/Links-Bündnis gegenwärtig scheitert, welche Projekte gleichwohl gemeinsam verfolgt werden könnten und warum die Debatte weitergehen muss.

Literatur

- Beck, Ulrich (1997): Was ist Globalisierung? Frankfurt a.M.
- Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2007): Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Gütersloh.
- Gammelin, Cerstin/Löw, Raimund (2014): Wie Angela Merkels nationaler Egoismus die EU aufs Spiel setzt, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5. Berlin.
- Hauswedell, Corinna (2013): Frieden ohne Primat. Der Irrweg deutscher Außenpolitik, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, Berlin.
- Huhle, Rainer (2011): Wie universell ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte? In: Vereinte Nationen, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Heft 5/2011, Berlin.
- Liebich, Stefan/Gerry Woop (Hrsg.) (2013): Linke Außenpolitik. Reformperspektiven. Potsdam.
- Schimmelfennig, Frank (2012): Internationale Politik. Paderborn (3. Auflage).
- Seibert, Thomas (2014): Dokumentation der Tagung Beyond Aid – Von Wohltätigkeit zu Solidarität, 20.-22.2.2014 in Frankfurt, unter: www.medico.de/themen/aktion/konferenzen.
- Strohschneider, Tom (2014): linke mehrheit? Über rot-rot-grün, politische bündnisse und hegemonie, Hamburg.
- Urban, Hans-Jürgen (2013): Der Tiger und seine Dompteure. Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften im Gegenwartskapitalismus. Hamburg.

Autorinnen/Autoren

Jan van Aken, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2009, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Michael Brie, wissenschaftlicher Referent beim Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

Lothar Brock, em. Hochschullehrer an der Universität Frankfurt a.M., Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

Agnieszka Brugger, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2009, verteidigungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Andreas Fisahn, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Bielefeld.

Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international, Frankfurt a.M.

Jochen Hippler, Privatdozent an der Universität Duisburg/Essen, Institut für Entwicklung und Frieden.

Stefan Liebich, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2009, Obmann im Auswärtigen Ausschuss für DIE LINKE.

Marius Müller-Hennig, Koordinator der Arbeitslinie Globale Friedens- und Sicherheitspolitik bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin.

Rolf Mützenich, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2002, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der SPD.

Maria Oshana, wissenschaftliche Mitarbeiterin von Jan van Aken.

Paul Schäfer, Publizist, bis September 2013 Abgeordneter der LINKEN im Deutschen Bundestag.

Frithjof Schmidt, Mitglied des Deutschen Bundestages seit 2009, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Jochen Steinhilber, Leiter des Referats Globale Politik und Entwicklung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin.

Wilfried Telkämper, Direktor des Zentrums für internationale Zusammenarbeit und Dialog bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.

Peter Wahl, Vorstandsvorsitzender von World Economy, Ecology and Development (WEED).

Silke Weinlich, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Käte Hamburger Kolleg/ Centre for Global Cooperation Research und am Deutschen Institut für Entwicklungsforschung Bonn.

Heidemarie Wiecezorek-Zeul, 1987-2013 Mitglied des Deutschen Bundestages (SPD), 1998-2009 Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Eva Wuchold, Referentin beim Zentrum für internationale Zusammenarbeit und Dialog bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin.